

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dieter Schanz MdB zur
Kambodscha-Friedenskon-
ferenz in Paris: Weg zu einer
Lösung des Indochina-Kon-
flikts.

Seite 1

Katrin Fuchs MdB zur For-
derung des Streitkräfteaus-
schusses des US-Senats, die
Sprengköpfe der abzunü-
stenden Pershing II und
Marschflugkörper für ein
Nachfolgesystem der atoma-
ren Lance-Rakete wiederzu-
verwenden: Rückkehr der
Pershing-Sprengköpfe
droht.

Seite 2

Willy Leichte MdB zu einer
verkehrspolitischen Initiati-
ve, die Leben retten kann:
Den „Flankenschutz“ bei
Lastwagen vorschreiben.

Seite 4

Michael Müller MdB zu Ur-
sachen und Konsequenzen
der Umwelterstörung: Die
Klimakatastrophe. (Teil III)

Seite 5

44. Jahrgang / 146

2. August 1989

Weg zu einer Lösung des Indochina-Konflikts

Zur Kambodscha-Friedenskonferenz in Paris

Von Dieter Schanz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusam-
menarbeit

Die Kambodscha-Friedenskonferenz in Paris signalisiert den Weg zu einer Lösung des Indochina-Konfliktes. Die Konferenz, an der 19 Staaten teilnehmen, verdient große Aufmerksamkeit, weil sie die Chance zur friedlichen Beilegung des Konfliktes um die Gestaltung der Zukunft Kambodschas bietet. Eine besondere Bedeutung erfährt sie auch dadurch, daß erstmals in der Geschichte der Kambodscha-Krise alle konkurrierenden Machtgruppen gemeinsam an einem Verhandlungstisch zusammentreffen.

Großes Lob verdient die Haltung Vietnams, das sich durch Offenheit und Flexibilität in seiner Verhandlungsposition auszeichnet.

Umso weniger ist die harte Linie Chinas bezüglich seiner Forderung nach einer Beteiligung der Roten Khmer an einer zukünftigen Regierung in Kambodscha zu verstehen - jener Roten Khmer mit der sich der Name Pol Pots sowie Erinnerungen an eine brutale Terrorherrschaft verbinden. In diesem von Vietnam bisher strikt abgelehnten Punkt bezieht Prinz Sihanouk eine wenig klare Position. So entwickelte der weithin als „Hoffnungsträger“ angesehene Prinz die Vorstellung von einer Beteiligung aller Kräftegruppen an einer Übergangsregierung und billigt somit auch die umstrittene Beteiligung der Roten Khmer an der politischen Macht.

Der Fortgang der Kambodscha-Verhandlungen hängt also wesentlich von einer Einigung in der Beteiligungsfrage der Roten Khmer ab und damit auch die Einleitung einer demokratischen Neuordnung Kambodschas.

Eine Grundvoraussetzung ist bei allen offenen Fragen in jedem Fall die Einstellung der chinesischen Unterstützung der Roten Khmer.

Bei aller Hoffnung auf ein Gelingen der Friedenskonferenz in Paris sollte man bereits jetzt über weitere Lösungsansätze nachdenken. Hierbei könnte die Entsendung von UN-Friedenstruppen ein deutliches Signal sein. Zum einen kann Kambodscha und Vietnam mit der Aufhebung der vietnamesischen Besetzung aus der politischen Isolierung herausgeführt werden; zum anderen würde eine Demokratisierung Kambodschas international garantiert und kontrolliert.

Es bleibt Kambodscha und auch Vietnam zu wünschen, daß sich diese Entwicklung erfolgreich auf die Bemühungen um Frieden in dieser Region auswirken.

(-/2.8.1989/wo/hg/rs)

mu komputen Rohstoffe
Regline-Paete

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

* * *



Rückkehr der Pershing-Sprengköpfe droht

Zur Forderung des Streitkräfteausschusses des US-Senats, die Sprengköpfe der abzurüstenden Pershing II und Marschflugkörper für ein Nachfolgesystem der atomaren Lance-Rakete wiederzuverwenden

Von Katrin Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Atomsprengköpfe der Pershing II und der Marschflugkörper sollen nach Europa zurückkehren - als Teil der sogenannten Modernisierung des Lance-Nachfolgesystems!

Dies hat der Streitkräfteausschuß des US-Senats am 19. Juli 1989 beschlossen mit der Maßgabe, daß deren „Nutzung kosteneffektiv“ sein müsse. Würde der Nachweis erbracht, daß diese Sprengköpfe für die Lance-„Modernisierung“ nicht geeignet seien, müsse ein neuer Sprengkopf entwickelt werden.

Auf jeden Fall fordert der Streitkräfteausschuß die Freigabe von Geldern schon für das Haushaltsgesetz 1990, damit die Pershing- und Marschflugkörpersprengköpfe für den Lance-Ersatz angepaßt werden können, obwohl die NATO offiziell erst 1992 entscheiden will, ob die sogenannte „Modernisierung“ überhaupt stattfinden wird.

Der Beschluß vom 19. Juli macht klar: Für den Senatsausschuß hat die Wiederverwendung der Sprengköpfe von Pershing II und Marschflugkörpern für die gewollte Aufrüstung in Europa Priorität. Rein rechtlich ist das möglich; der INF-Vertrag beinhaltet zwar die Zerstörung der Flugkörper und Abschußrampen, nicht aber die der dazugehörigen Sprengköpfe.

Politisch wäre dies ein Skandal, die absolute Perversion des INF-Abkommens. Die ganze Welt hat dieses Abkommen gefeiert, weil es erstmals eine Gattung von Atomwaffen komplett besei-

tigt. Nicht die wenigen Prozent aller Atomwaffen, die abgeschafft werden, gaben den Menschen Hoffnung, sondern das Prinzip der vollständigen Beseitigung einer gesamten Kategorie und die Aussicht, daß dieser Prozeß weitergeführt wird.

Es ist eine bodenlose Heuchelei, wenn die Bundesregierung sich einerseits im Erfolg des INF-Abkommens sonnt und sich bei dessen Zustandekommen große Verdienste zurechnet und andererseits zuläßt, daß die seeben abgerüsteten Atomsprengeköpfe auf neuen Raketen in unser Land zurückkommen.

Seit letztem Dezember wissen wir, daß der Bundesregierung derartige Absichten bekannt sind. In Beantwortung einer kleinen Anfrage der SPD räumte sie schon damals ein, daß die amerikanische Regierung eine solche „zukünftige Nutzung“ dieser Sprengköpfe „in Betracht zieht“. Was hat sie dagegen getan? Nichts! Sie hat sich um eine deutliche Absage an die „Modernisierung“ herumgedrückt, hat unter dem Druck der Amerikaner und Briten beim NATO-Jubiläumsgipfel einem faulen Kompromiß zugestimmt und damit stillschweigend den Weg geebnet für einen Beschluß, wie ihn der Senatsausschuß nun präsentiert.

Wenn schon die Bundesregierung unfähig ist, unsere Interessen wahrzunehmen, bleibt nur noch die Hoffnung, daß das Repräsentantenhaus dem Senat hier nicht folgen wird.

Immer dringlicher wird, die Öffentlichkeit gegen diese Art von Politik zu mobilisieren.

Wer will, daß die atomare Abrüstung weitergeht, der darf nicht nur dieses perverse Sprengkopf-recycling ablehnen, der muß helfen, die gesamte neue Atomrüstung zu verhindern: Die neuen landgestützten Atomraketen und die Artillerie, die weitreichenden luftgestützten Atomraketen, aber auch die Unterstellung seegestützter Marschflugkörper unter das Kommando der NATO.

(-/2.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Den „Flankenschutz“ bei Lastwagen vorschreiben

Zu einer verkehrspolitischen Initiative, die Leben retten kann

Von Willi Leichtle MdB
Verkehrs-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Das „kostbare Blech“ der Autos wird sorgsam durch Stoßstangen und Puffer geschützt. Fußgänger und Radfahrer haben keine Stoßstangen, und bei ihnen ist sehr schnell viel mehr kaputt als nur eine Beule in der Autokarosserie. Trotzdem werden beim Autobau die Überlebensinteressen der Fußgänger und Radfahrer sträflich mißachtet. Der „Flankenschutz“ bei Lastwagen muß zwingend vorgeschrieben werden, da sein Fehlen Hauptursache vieler tödlicher Unfälle ist.

Eine Unfallbeschreibung: Der nach rechts abbiegende Lkw-Fahrer übersieht den Radfahrer. Dieser kann nicht bremsen, fällt im Stürzen zwischen die Achsen und wird von den Hinterreifen des Lastwagens, auf dem Tonnen lasten, überrollt. Ein Unfall mit Todesfolge.

Oder: Ein Fußgänger - betroffen sind vor allem Kinder und ältere Leute - läuft aus Unachtsamkeit seitlich (rechtwinklig) in einen Lastwagen. Er fällt zwischen die Achsen. Das Ergebnis ist das gleiche: er wird überrollt - mit tödlichem Ausgang.

Während der Schutz der Autos voreinander und gegeneinander mit viel Phantasie optimiert wurde - jetzt ist sogar ein Unterfahrschutz bei Lastwagen vorgeschrieben - ist der Schutz anderer Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer und Fußgänger durch technische und konstruktive Sicherheitsvorrichtungen an den Fahrzeugen völlig unterentwickelt. Dabei wäre es so einfach: mit einem „Flankenschutz“, einem Blech- oder Plastikschild im Bereich zwischen Vorder- und Hinterachse, könnten die vielen tödlichen Unfälle verhindert werden. Dazu gibt es bereits wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse, daß der „Flankenschutz“ beim Lkw genau diese tödlichen Unfälle verhindert. In Großbritannien ist ein solcher Schutz bereits zwingend vorgeschrieben - ebenso in China mit seinen 300 Millionen Radfahrern.

An der TU Berlin laufen seit 1976 Untersuchungen, die die notwendigen Erkenntnisse gebracht haben. Mit Praxiserprobung übrigens: nach zwei tödlichen Unfällen - die Menschen stürzten zwischen die Achsen und wurden überrollt - wurden alle 120 Berliner Müllfahrzeuge mit einem Seitenschutz ausgerüstet. Die Kosten dafür sind mit 3.000 Mark eher gering - bei einem Anschaffungspreis von einer halben Million Mark für den gesamten Lastwagen. Seitdem gab es - in den letzten zwei Jahren - keine tödlichen Unfälle mehr.

Sicher der wichtigste, doch nicht der einzige positive Effekt des Lkw-„Flankenschutzes“, ist die Verhinderung tödlicher Unfälle. Durch den Seitenschutz gewinnen die Lastwagen aber auch in der Aerodynamik, sie verbrauchen dadurch weniger Kraftstoff, und die Lärmbelästigung geht um mindestens 2 dB (A) zurück. Für mich ist es unverständlich, warum hier von politischer Seite noch nichts unternommen wurde: Der zusätzliche Aufwand an Blech oder - besser - Plastik rechtfertigt nicht die Verhinderung des „Flankenschutzes“. Trotzdem hat sich bislang nichts getan: im EG-Ministerrat dümpelt seit geraumer Zeit der Kommissions-Entwurf einer Richtlinie über „Seitliche Schutzvorschriften an Nutzfahrzeugen zur Güterbeförderung“ vor sich hin, ohne daß sich eine positive Entwicklung abzeichnet.

Ich will deshalb die Bayerische Staatsregierung in die Pflicht nehmen. Mit einer schriftlichen Anfrage will ich nicht nur über die tödlichen Unfälle zwischen Lastwagen einerseits und Fußgängern wie Radfahrern andererseits Auskunft, sondern verlange auch einen bayerischen Vorstoß beim Bund in Richtung „Lkw-Seitenschutz“ und eine Vorbildfunktion des Freistaates. Die Staatsregierung soll ihren Fuhrpark entsprechend fußgänger- und radfahrerfreundlich aus- und umrüsten und auch die Kommunen über eine Änderung der entsprechenden Zuschußrichtlinien beeinflussen, so daß diese ebenfalls seitengeschützte Lastwagen anschaffen.

(-/2.8.1989/vo-he/rs)

Die Klimakatastrophe (Teil III)

Zu Ursachen und Konsequenzen der Umweltzerstörung

Von Michael Müller MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages
„Vorsorge zum Schutz der Ardatmosphäre“

IV.

Die Ursachen für eine mögliche Klimakatastrophe sind weitgehend bekannt. Es handelt sich um die Problembereiche, die auch im Mittelpunkt der umweltpolitischen Debatte stehen: Energieeinsatz, Chemikalienproduktion, Verkehrssektor, Agrarwirtschaft und die Verteilungsgerechtigkeit der Weltwirtschaft, insbesondere das Verhältnis zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern. Die Aufheizung der Erde, die Gefahr einer Klimakatastrophe spitzt diese Konflikte weiter zu. Dringend sind Maßnahmen, die sowohl sofort greifen wie auch grundlegende Strukturveränderungen einleiten. Dafür muß mit der bisherigen Praxis eines nachsorgenden Umweltschutzes gebrochen werden. Wir können nicht länger mit noch so gut gemeinten Maßnahmen in einem wachsenden Abstand der Umweltschadensentwicklung hinterherlaufen. Es geht deshalb nicht um ein Mehr im Sinne des bisherigen Umweltschutzes, sondern um eine ökologische Neuorientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Erforderlich ist ein Paradigmawechsel in den wichtigsten Politikbereichen und in der internationalen Arbeitsteilung. Hierfür will ich die zentralen Stichworte nennen, die auch in der Programmdiskussion der SPD im Mittelpunkt stehen:

- „Dauerhafte Entwicklung“, das heißt die Neuordnung der Wachstumsentwicklung und der Verteilungsstrukturen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern,
- ökologischer Umbau der Volkswirtschaften sowie
- neues sozial-kulturelles Leitbild von Fortschritt.

Altes Denken hilft nicht weiter, der neuen Dimension ökologischer Probleme gerecht zu werden. Es wäre ein Trugschluß, lediglich mit besserer Technik, so wichtig sie ist, die alten Wachstumshoffnungen und Wirtschaftsprinzipien aufrecht erhalten zu können. Ebenso hilft es auch nicht weiter, den Umweltschutz lediglich an der Höhe des Anteils am Bruttosozialprodukt zu messen. Zum alten Denken gehört auch, in der Energiepolitik bei einer überholten Angebotsphilosophie zu bleiben und letztlich nur einen Streit über den Einsatz von Kohle oder Atomenergie zu führen. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat völlig zu Recht die Forderung erhoben, das Energiesystem insgesamt auf eine neue Basis zu stellen und dabei der Einsparung und Effizienzerhöhung von Energie in allen Einsatzbereichen absoluten Vorrang einzuräumen.

Ich kann hier nicht auf einzelne Handlungsfelder und die jeweils diskutierten Instrumente im Detail eingehen. Einige Grundprinzipien für eine Politik gegen eine Klimakatastrophe sind allerdings knapp anzureißen:

- a) Wir brauchen ein Sofortprogramm in den verschiedensten wirtschaftlichen und ökologischen Bereichen, die sich am Prinzip der Dienstleistungen ausrichten. Darunter sind Energie-, Verkehrs- und Chemiedienstleistungen zu verstehen. Die Zielsetzung ist eine drastische Reduzierung des Einsatzes von Energie und Rohstoffen. Die Weltklimakonferenz von Toronto hat für den Energiebereich Einsparziele von 20 Prozent bis zum Jahre 2005 und von 50 Prozent bis zum Jahre 2030 aufgestellt. Dabei müssen einzelne Industrieländer noch höhere Reduktionsziele durchsetzen. Für viele Klimaforscher sind selbst diese ehrgeizigen Vorstellungen noch zu gering, sie fordern in den nächsten 50 Jahren eine Reduzierung des Energieeinsatzes in den Industrieländern um 80 Prozent.

Zu einem Sofortprogramm gehört ebenfalls ein sofortiges Verbot von ozon- und klimaschädlichen Chlorverbindungen, insbesondere von FCKW, sowie Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederaufforstung der Wälder.

- b) Die weitere Industrialisierung muß nach neuen Normen und Wertvorstellungen ausgerichtet werden, die von vornherein eine ökologische Verträglichkeit berücksichtigen. Hierzu gehört beispielsweise eine ökologische Ausrichtung der Normungssysteme, der sektoralen und regionalen Wirtschaftspolitik sowie der Verwaltungsvorschriften. Hierbei geht es nicht um mehr Bürokratie, sondern um eine zielgerichtete Erneuerung wirtschaftlicher und technologischer Prozesse.
- c) Ebenfalls sind neue Formen der gesellschaftlichen und politischen Zusammenarbeit notwendig. Dies erfordert einen breiten Diskurs, um die gesellschaftliche Bereitschaft und die staatliche Handlungsfähigkeit für einen Umbau unserer Gesellschaften zu erreichen. Die Industriegesellschaften befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Probleme wie „Komplexität“, „Aufhebung der natürlichen Zeitrythmen durch immer größere Beschleunigung“ oder „Verlust an Orientierung“ erfordern neue Formen der Politik und Willensbildung.
- d) International sind neue Verbindlichkeiten erforderlich, um für die Weltgesellschaft ein ökologisches Grundverständnis zu erreichen. Dies erfordert besonders große Anstrengungen der Industrieländer, damit den Entwicklungsländern die Chance auf eine soziale und umweltverträgliche Entwicklung bleibt. Wichtige Leitvorstellungen hierfür hat die Brundtland-Kommission erarbeitet.

Mit Sorge sehe ich, daß die räumliche Globalisierung der Umwelt- und Klimakrisen in zahlreichen Artikeln und Politikerreden immer mehr eine ideologisch-politische Dimension annimmt. Mit dem Verweis auf „aller Betroffenheit“ und das angeblich vertretene Gemeinwohl wird nicht selten eine Anpassung an scheinbar unvermeidbare Umweltkatastrophen oder zweifelhafte, riskante Technologien versucht. Als Beispiel nenne ich nur die Vorschläge, über die Klimakatastrophe die Atomenergie erneut hoffähig zu machen.

Tatsächlich ist die Gegenthese richtig: Die neue Dimension der Umweltzerstörungen ist in der Regel auf menschliche Tätigkeiten zurückzuführen und von ihnen zu verantworten. So komplex die Ursachen und Folgen auch sein mögen: Es existieren immer konkret identifizierbare Verursacher und Hauptleidtragende. Je globaler die drohenden Risiken und Krisen, desto wichtiger wird von daher auch eine klare Bestimmung von Ursachen sowie eine Aufdeckung unterschiedlicher sozialer Interessen.

(-/2.8.1989/vo-he/rs)

(Den vierten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)